

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

**GEMA-Schlichtungsergebnis für Mecklenburg-Vorpommern weiter nicht
akzeptabel - klares Signal zur Reformierung der gesetzlichen Grundlagen**

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten, auf Bundesebene eine Reform des Systems der kollektiven Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften, wie der GEMA, mit klaren Vorgaben zur Repräsentanz aller Wahrnehmungsberechtigten sowie zur Transparenz der Gebührensysteme zu unterstützen.

Vincent Kokert und Fraktion

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Begründung:

Ein vernünftiger Interessenausgleich zwischen Wirtschaft, Vereinen sowie ehrenamtlichen Tätigkeiten und Kulturschaffenden wird durch die neue GEMA-Tarifstruktur erheblich erschwert. Eine existenzbedrohende Wirkung der Gebührenerhöhung entfaltet sich vor allem für kleinere Kneipen, Clubs und Diskotheken, aber auch für Kulturschaffende im Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern.

Mit der am 15. April 2013 vorgestellten Bewertung der Grundstruktur der Tarifreform durch das Deutsche Patent und Markenamt konnten diese Probleme nicht gelöst werden. Die erdrosselnde Wirkung - insbesondere für zahlreiche gastronomische Betriebe und die Tourismusbranche in Mecklenburg-Vorpommern - bleibt trotz des Schiedsspruchs bestehen.

Der Blick auf das Zustandekommen der Tarifreform verdeutlicht den Bedarf nach einer grundlegenden gesetzlichen Reform des Systems der kollektiven Rechtewahrnehmung durch Verwertungsgesellschaften wie der GEMA.

Bislang blieben die Forderungen nach mehr Transparenz - etwa seitens des Urteils des Bundesgerichtshofes vom 19. Mai 2005 - von der GEMA ungehört.